

Neue Umfrage: 90 Prozent der Menschen gegen Internet-Sperren

„Nur 5 Prozent der Befragten stimmen für Internet-Sperren“ - Löschung von Webseiten mit pädophilen Inhalten ist zielführend

Von Andreas Klamm

Berlin. 24. Mai 2009. Die Diskussion über die geplante Einführung von Internet-Sperren in Deutschland wird kontrovers in allen Teilen des Landes und auch in vielen weiteren Ländern intensiv geführt. Der Verein Missbrauchs-Opfer gegen Internet-Sperren (MOGIS) und Christian Bahls teilten mit, dass beim Meinungsforschungs-Institut infratest dimap auch der Verein Missbrauchs-Opfer gegen Internet-Sperren eine Umfrage in Auftrag gegeben hat.

Die neue Umfrage wurde vom gleichen Institut durchgeführt, wie die Umfrage der Deutschen Kinderhilfe e. V., die zum einem gegenteiligen Ergebnis führte.

Das überraschende Ergebnis der neuen Umfrage: 90 Prozent der befragten Menschen (1000) sind gegen Internet-Sperren und rund 5 Prozent stimmen für Internet-Sperren, um Kinder vor Pädophilie zu schützen. Als einer der ersten Zeitungen berichtete die Tageszeitung Die Zeit über das neue Umfrage-Ergebnis.

Die neue Umfrage sei laut Mitteilung des Instituts infratest dimap „objektiv“.

92 Prozent der befragten Menschen stimmten dafür dass Internet-Seiten mit Kinder-Pornographie konsequent gelöscht und die Betreiber strafrechtlich verfolgt werden sollten.

Der Verein teilte mit: Wir können uns der Infratest-Einschätzung, Löschen wäre die härtere Methode nicht anschließen. Dagegen ist Sperren unseres Erachtens die härtere (wenn auch wenig zielführende) Methode, da viele Unbeteiligte in Ihren Grundrechten beeinträchtigen würden.

Das konsequente Löschen dieser Inhalte ist viel zielführender!“

In den unterschiedlichsten Lagern wird die Diskussion intensiv geführt. Mehrere Vereine für Kinderschutz setzen sich sehr intensiv für die Einführung von Sperren im Internet ein, während der Verein Missbrauchs-Opfer und weitere Gruppen sich für das Löschen der

Web-Seiten mit pädophilen Inhalten engagieren und für die Strafverfolgung der Anbieter.

Mehrere internationale Gruppen und Interessengemeinschaften planen sogar die komplette Umstrukturierung des Internet 2.0 mit der Einführung des neuen Protokoll IPv6. Das Internet in der bisher gekannten Form, solle demnach künftig nicht mehr für die Allgemeinheit der bisherigen Nutzer des Internets zur Verfügung stehen, informierte ein Sprecher.

Eine amerikanische Interessengemeinschaft warnte mehrfach in den vergangenen Wochen davor, dass es offenbar Pläne gibt, Millionen von Menschen künftig von der Nutzung des Internets „komplett auszuschliessen.“ und kämpfte für den Fortbestand und die Freiheit des Internets.

In der Türkei wünschen sich viele IT-Experten die Einführung von Internet-Filtern, nach dem vor rund 12 Monaten mehrere Gerichte in Ankara verfügten, das Internet-Portal You Tube vom Netz zu nehmen.

Die Gründe für die Blockierung von You Tube in der Türkei sind bis zum heutigen Tag nicht bekannt.

In einer öffentlichen Petition beim Deutschen Bundestag unterschrieben 95298 Menschen gegen das geplante Gesetz für Internet-Sperren. Die Petition kann noch bis 16. Juni 2009 mit gezeichnet werden bei . <https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=petition;sa=details;petition=3860> .

Die Diskussion um die Einführung von Internet-Sperren wird nicht nur in Deutschland geführt, sondern auch in vielen weiteren Ländern in Europa, in den Vereinigten Staaten von Amerika und auch in Pakistan.

In Deutschland gibt es nicht nur die Angst vor potentiell Päd-Kriminellen, wie Bundesfamilien-Ministerin Dr. Ursula von der Leyen mitteilte.

Vielmehr zeichnet sich ein ähnliches Bild wie im Kampf gegen den internationalen Terrorismus ab und offenbar macht sich in weiten Teilen des Landes auch eine gewisse Form von Päd-Phobie bemerkbar, das meint die Angst-Störung, dass es sich bei jedem Internet-Nutzer um potentiell Päd-Kriminelle Nutzer handeln könnte.

Im Kampf gegen den Terrorismus wurden immer wieder Bedrohungs-Szenarien für Deutschland bekannt, die sogar zur Diskussion über den „vorsorglichen Abschuss“ ziviler Flugzeuge über Groß-Städte in Deutschland und Europa führte.

Mit dem Abschuss ziviler Flugzeuge war geplant notfalls die Tötung von 400 bis 800 Fluggästen in Kauf zu nehmen, um sich gegen den internationalen Terrorismus zu schützen.

Welche Folge ein Abschuss einer Boeing 747-400 über der Bundeshauptstadt Berlin haben könnte, um ein Beispiel zu nennen, wagt kaum ein Mensch sich vorzustellen. Schon mit dem Abschuss eines Groß-Flugzeuges über einer Großstadt könnten mehr Menschen zum Opfer werden, als dies bei einem Anschlag von Terroristen möglicherweise der Fall wäre.

Im Zusammenhang mit der Diskussion um den „vorsorglichen Abschuss von Passagier-Flugzeugen“ für den Fall einer Entführung wurde sogar über das „Abhanden-Kommen“ nuklearer Sprengköpfe und von Atom-Waffen berichtet, die in dieser Form bis heute offiziell nicht bestätigt werden konnten.

Im Kampf gegen den internationalen Terrorismus gibt es ebenso kontroverse und intensive Diskussionen wie bei der geplanten Einführung von Internet-Sperren.

Während Experten im Kampf gegen den Terroristen teilweise immer noch Bedrohungs-Szenarien, wie dem „atomaren Angriff“ auf Deutschland beschreiben, gibt es auch Gruppen von Experten und Menschen, die davor warnen, dass sich die Menschen in Deutschland und in der Welt nicht von einer „Terror-Phobie“ einschüchtern lassen sollten und im Kampf für Sicherheit nicht alle Grundrechte und Menschenrechte opfern sollten.

Es besteht kein Zweifel, die Gefahren von Terrorismus und Pädophilie bestehen real, doch die Wahl der richtigen Mittel des Schutzes birgt die weitere Gefahr in sich, alle Grundrechte und Menschenrechte aufzugeben.

Sollte dies geschehen, hätten die Terroristen ihr Ziel, die Menschen eines oder mehrerer Länder in ihren Freiheit einzuschränken und zu terrorisieren zwar nicht mit Anschlägen doch dann auf dem politischen Weg erreicht.

Der Verlust aller Freiheits- Grund- und Menschenrechte kann in einer Demokratie nicht das vorgegebene Ziel sein. Daher muss die Wahl der Mittel zum Schutz mit den möglichen Folgen sehr gründlich geprüft und überdacht werden, soweit dies möglich ist.

Ob es die politischen Entscheidungs-Träger tatsächlich zulassen wollen, dass mit einer Art „Scheuklappen“, so wurden die Internet-Sperren von mehreren Missbrauchs-Opfer bezeichnet, die Internet-Seiten mit pädophilen Angeboten nicht mehr sichtbar, dennoch

aber immer noch vorhanden sein werden und dabei unbeteiligte Millionen von Menschen und auch mittelständige Unternehmen möglicherweise als eine Folge im Kampf gegen die Pädophilie zu Opfern und Geschädigten werden könnten, bleibt abzuwarten und ist zur Zeit nicht bekannt.

Ausführliche Informationen zum Verein Missbrauchs-Opfer gegen Internet-Sperren sind bei <http://mogis.wordpress.com> zu finden.